

KATJA SCHMIDT UND MAGDALENA KRIEGER



Katja Schmidt ist Doktorandin
in der Infrastruktureinrichtung
Sozio-oekonomisches Panel



Magdalena Krieger ist Doktorandin
in der Infrastruktureinrichtung
Sozio-oekonomisches Panel

Mehr Miteinander zerstreut Sorgen über Zuwanderung

Der Kommentar gibt die Meinung der Autorinnen wieder.

Mit dem Höhepunkt der Fluchtzuwanderung nach Deutschland 2015/16 wuchs auch der Anteil der Bevölkerung, der sich große Sorgen über Zuwanderung machte. Einerseits kam es zwar im Rahmen der „Willkommenskultur“ zu einem großen ehrenamtlichen Engagement für Geflüchtete und einer beträchtlichen Spendenbereitschaft. Andererseits äußerten sich die Sorgen der Bevölkerung aber in migrationsfeindlichen und rassistischen Demonstrationen wie bei Pegida, in Angriffen auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte sowie in Wahlerfolgen der rechtspopulistischen AfD.

Die erfolgreiche Integration von Geflüchteten hängt jedoch auch vom Meinungsklima in der aufnehmenden Gesellschaft ab. Erfahren Zugewanderte Ablehnung, schlimmstenfalls in Form von Gewalt, aber auch in Form sozialer Distanz oder von Diskriminierung, werden ihnen Chancen gesellschaftlicher Teilhabe verwehrt.

Mit einem Rückgang der Fluchtzuwanderung aufgrund der Schließung der Balkan-Route und des EU-Türkei-Deals haben seit 2016 auch die Sorgen abgenommen, wie wir jüngst in unserer Studie belegt haben. Die damals Zugewanderten sind allerdings überwiegend auch heute noch in Deutschland ansässig. Dies lässt vermuten, dass die Zuwanderung insgesamt und deren mediales Echo ein größerer Treiber für Sorgen in der hiesigen Bevölkerung sind als der Anteil der Zugewanderten, der aktuell in Deutschland lebt.

Im Jahresgutachten des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Migration und Integration (SVR) 2019 wird eindrucksvoll dargestellt, dass die Sendeminuten zum Thema Zuwanderung in Fernseh-Hauptnachrichten seit 2016 kontinuierlich abgenommen haben. Mit einer rückläufigen Medienberichterstattung geht auch der Anteil der Befragten zurück, der das Thema Zuwanderung als wichtigstes Problem ansieht.

Der Tatsache, dass sich ein Großteil der Bevölkerung Sorgen über die Zuwanderung nach Deutschland macht, kann auf politischer Ebene mit zwei Handlungsempfehlungen begegnet

werden: Erstens sollte das Selbstverständnis korrigiert werden, dass Deutschland seit geraumer Zeit ein Einwanderungsland ist. Ändert sich der politische und mediale Diskurs, kann dies auch zu einer steigenden Akzeptanz von Zuwanderern in der Gesellschaft führen. Zweitens muss auf europäischer Ebene endlich eine Einigung erzielt werden, wie mit Asylbewerbern auf dem Kontinent verfahren wird. Dadurch wird (Flucht-) Zuwanderung in der Bevölkerung nicht als andauernde Krisenerscheinung wahrgenommen.

Die Integration Zugewandeter kann darüber hinaus auf zivilgesellschaftlicher Ebene durch den direkten Kontakt mit der Mehrheitsgesellschaft erleichtert werden. Kontakt bietet nicht nur die Möglichkeit zum Austausch von Informationen und Ressourcen, sondern kann auch gegenseitiges Vertrauen schaffen, so die soziologische Forschung. Somit kann verstärkter Kontakt zwischen Zugewanderten und Deutschen auch zum Abbau von Sorgen über Zuwanderung beitragen. In der Gruppe der zuletzt Zugewanderten, den Geflüchteten, hat aber bislang nur etwas über die Hälfte regelmäßigen Kontakt zu Deutschen, unter geflüchteten Frauen ist der Anteil geringer. Die Etablierung von Berührungspunkten zwischen Zugewanderten und der ansässigen Bevölkerung wären in diesem Zusammenhang ein wichtiger politischer Schritt. Ermöglicht werden kann dies beispielsweise über Initiativen wie Patenschaften, Mentorenprogramme sowie Vereine. Dabei ist nicht nur die Zivilgesellschaft gefragt, sondern auch Unterstützung seitens des Staates, der diese Integrationsbemühungen nachhaltig gestalten sollte.

Sorgen über Zuwanderung stehen dem gelungenen Zusammenleben von Zugewanderten und der Mehrheitsgesellschaft im Weg. Für mehr Miteinander bedarf es eines differenzierten Selbstverständnisses des Einwanderungslands Deutschland, Klarheit und Einigkeit bezüglich des Themas innerhalb der EU sowie vermehrter Kontakte zwischen Neuankömmlingen und Alteingesessenen.

Dieser Kommentar ist einer längeren Fassung am 8. September im MiGazin erschienen

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

87. Jahrgang 7. Oktober 2020

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake; Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff;
Dr. Claus Michelsen; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. C. Katharina Spieß; Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Marius Clemens

Redaktion

Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Anna Hammerschmid; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Bastian Tittor;
Sandra Tubik; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter